

Abreißkalender.

Aus Eisenbahnerkreisen erhalten wir folgende

Zuschrift:

„Und es entstand eine weitere „Kommission für Fremdenverkehr“, nutzbringend, anscheinend harmlos, und doch so folgenschwer in den jekigen Zeiten! Soll denn das Wüchertum neu erscheinen oder vielmehr weiterblühen? Produktionsmangel zu allen Seiten! Muß denn unbedingt der Konsumentenkrisis auf alle nur erdenkliche Art und Weise vergrößert werden, damit wir uns weiter um Erhaltung der Waren balgen und verbluten müssen an unerschwinglichen Preisen? Wird nicht schon jetzt das Ausspeichern der Lebensmittel und anderer Bedarfsmittel einschlagen, um nur beim Zutreten der Fremdlinge möglichst viel Waren zu möglichst hohen Preisen abzuwerfen? Und wen erwartet man? Die großmütigen, geldspendenden Amerikaner! Wir alle haben sie lieb: als Befreier jedermann, als „Schokolät-Män“ die weibliche, als „Zigaretten-Män“ die männliche Jugend, als „Kändis-Leute“ sogar unsre Kleinsten. Ja, als Gummikauer blieben die Sammies beliebt, obwohl es Überwindung kostete, die frischen, jugendlichen Gesichter sich in den Windungen eines zahnlosen Altweibermundes zu sehen. Aber als Goldenes, welche achtlos und lachenden Mundes einen Dollar für ein Ei wegwerfen können, als solche sind sie, müssen sie den gedrückten Konsumenten nicht mehr so sympathisch erscheinen, so egoistisch dieses auch klingen mag!

Dürfte zudem das Beginnen dieser Kommission unserer Regierung nicht die Mittel an die Hand geben, der Wohnungsnot zu steuern? Sollen nicht schon ganze Häuser gemietet sein zur Unterkunft für die Fremdlinge? Und das eigene, geplagte Volk! Weshalb beschlagnahmt man denn nicht alle leerstehenden Räume unsrer Hotels und Gasthäuser zur Unterbringung der obdachlos urcherrschenden oder eng zusammengepferchten Familien? Ausnahmsweise Not erheischt ausnahmsweise Maßregeln.

Die Hebung der Fremdenverfahrs ist äußerst lobenswert und muß mit allen Mitteln gefördert werden, wohlverstanden in normalen Zeiten. Doch in den Zeiten der Not und der Teuerung, wie wir jetzt durchleben, ist solches Beginnen nicht zu billigen. Zu hoffen ist, daß die Regierung nicht noch amtlich helfen wird, das Elend der luxemburger Bevölkerung zu vergrößern!“

In der Regierung werden sie sagen: Muß denn immer und überall gebrüderlich werden! Aber dem Mann, der Obiges geschrieben hat, war ganz sicher nicht um's Nörgeln zu tun. Er sieht die Dinge von seinem Standpunkt als geplagter Familienvater, der auf sein großes Einkommen angewiesen ist und jede Konkurrenz, die die Preise verdreht, in's Pfisserland wünscht. Er bedenkt nicht, daß die Fremden-Geld in's Land bringen und das Nationalvermögen vergrößern helfen. Ihm bringen sie keinen Cent und sein Vermögen wird durch die höheren Preise immer kleiner.

Sollte die Regierung nicht eine Kommission einsetzen, die ein System der Gleichmachung aller Bürger vor den Kosten der Lebenshaltung auszuarbeiten hätte. Etwa so: Der Bürger steht dem Produzenten und Kaufmann gegenüber, wie der Steuerzahler dem Staat. Das heißt, er bezahlt seine Maren im Verhältnis zu seinem Einkommen. Wer 100 000 Franken Einkommen hat, gibt für das Pfund Butter 20 Fr., wer 1000 Fr. im Jahr verdient, hat Recht auf das Pfund Butter zu 1 Fr. Die Schwierigkeit liegt darin, daß man den mit 1000 Fr. Einkommen verhindern muß, für den Hunderttausendmann die Butter auf seinen Steuerzettel hin einzulaufen. Indes, es sind dem Fiskus schon soviel schwierige Stücke gelungen, er würde auch mit diesem Bedenken fertig. Dem Produzenten könnte es gleich sein, er käme auf einen Durchschnitt, der hinter den heutigen Preisen nicht zurückstände.

Invol. 6.5.1920